

Kommentar Albtraum Terrorismus

Von Konrad Freiberg

Mit einem 3-Milliarden-DM-Programm und Gesetzesänderungen will die Bundesregierung nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten die Sicherheitsbehörden für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus besser ausstatten. Das ist überfällig.

Aber auch die Bundesländer sind jetzt am Zuge, ihre Sparpläne zur weiteren Personalreduzierung unter anderem bei der Polizei umzukehren und die Ausstattung zu verbessern. Begrüßenswert an dem Schritt der Bundesregierung ist, dass die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung ihr eindeutiges Schwergewicht auf den Schutz der inneren Sicherheit legen. Aus den Zeiten des RAF-Terrors haben wir gelernt: Terrorismusbekämpfung ist Kriminalitätsbekämpfung. Schon die RAF wollte Staat und Gesellschaft einreden, sie sei eine kriegführende Partei und beanspruchte auf dem Höhepunkt ihrer Verblendung die Behandlung ihrer festgenommenen Mitglieder als Kriegsgefangene. In diese Falle ist die Bundesrepublik nicht gelaufen und vor einer anderen hat sie knapp die Kurve gekriegt: Die RAF-Terroristen wollten der Bundesrepublik die demokratische rechtsstaatliche Maske vom Gesicht reißen. Beide Fallen sind auch jetzt wieder aufgestellt.

Die Anschläge der Terroristen in den Vereinigten Staaten stellen die Bundesrepublik vor drei schwere Aufgaben. Sie hat erstens kalkulierbaren Beistand zu leisten im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen, notfalls auch militärisch. Das aber darf, der Bundeskanzler hat es klar gestellt, kein Abenteuer werden.

Sie hat zweitens dafür zu sorgen, dass Terroristen auch bei uns keinen Ruhe- und Vorbereitungsraum für Anschläge hier und in anderen Ländern finden. Das bedarf einer Stärkung der nachrichtendienstlichen Beobachtungs- und der polizeilichen Ermittlungsarbeit. Wir brauchen Dolmetscher, Berater, eine Verstärkung der Ermittlungs- und Fahndungsgruppen und insgesamt eine erhöhte Präsenz der Polizei. Es kann auch nicht sein, dass wir weiter technisch hinter den bestens ausgestatteten, mobilen und vernetzten Tätergruppen herlaufen.

Sie muss drittens alles daran setzen, dass die beachtlichen Integrationsleistungen gegenüber ausländischen Mitbürgern, die die Menschen in Deutschland erbracht haben, nicht gefährdet und damit innere Sicherheit und sozialer Frieden gestört werden.

Mit dem Terroranschlag auf das World Trade Center sollte Amerika, so mutmaßen Kommentatoren, mitten ins Herz getroffen werden. Tatsächlich getroffen wurden nach jüngsten Schätzungen 5500 Menschen aus über 60 Staaten der Erde. Zu den Opfern zählen Christen wie Muslime, Juden wie Buddhisten, Konfuzianer wie Menschen, die keiner Religion angehören. Wie kein anderes Gebäude symbolisiert das World Trade Center, den Handel und Wandel zwischen Staaten und Religionen und Kulturen. 430 Unternehmen aus aller Welt hatten Büros und Geschäfte in dem Wolkenkratzer gemietet. Es gibt in 354 Städten der Welt Häuser dieser Art, um Unternehmen auf dem Weg in die Internationalität eine Hilfestellung zu leisten.

Der Anschlag traf also alle, die friedlich miteinander leben und arbeiten wollen. Die böse Saat der Terroristen zeigt bereits ihre ersten Keime: Übergriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Muslime werden gemeldet. Der Bundeskanzler hat klar gestellt: Die Terroranschläge haben "nichts mit Religion zu tun. Sie sind Ausdruck einer verbrecherischen Gesinnung". Der Steuerzahler wird das Anti-Terror-Paket finanzieren. Ein Beitrag der Finanzwelt ist überfällig. Die Basis des internationalen Terrorismus ist Geld. Geld aus Drogengeschäften, Geld, mit dem Waffen und Telekommunikation gekauft werden, Geld, mit dem auf internationalen Finanzmärkten spekuliert wird, offenbar sogar mit der Absicht, fallende Kurse nach Terroranschlägen für sich zu nutzen. Die Geldströme müssen international besser kontrolliert werden. Dass Geld nicht stinkt, stimmt nicht. Wenn normale Bürger bereit sind, für die Sicherheit zu zahlen und Einschränkungen ihrer Freiheit hinzunehmen, muss dies auch für die Finanzwelt gelten. Mehr Transparenz und Kontrolle, auch auf Kosten der Gewinne, würde es internationalen Terrorfahndern leichter machen, die Täter zu fassen.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 10/2001)